

BONNER BÜHNE:

Papier-Arbeiten

Bei den Stallwächtern der Bonner Koalitionsparteien ist die Stimmung leicht getrübt. Noch sind zwar keine schweren politischen Unwetter über sie hereingebrochen, aber es wittert leuchtend am Horizont.

Nach allen Regeln der Kunst mußte der Regierungssprecher Grünwald die Geschichte des Spiegel dementieren, wonach Wirtschaftsminister Friderichs dem Kanzler und einigen Ministerkollegen in vertraulichen Schreiben eine alarmierende Neuanschätzung der Wirtschaftssituation und der Beschäftigungslage zugestellt habe. Es gebe weder diesen Brief, noch könnten die im Spiegel erwähnten Zahlen aus dem Wirtschaftsministerium stammen, beteuerte Grünwald und lieferte für diese These einen geschickt aufgebauten Indizienbeweis. Kenner in Bonn bestätigen das Dementi; sie versichern: „Die Zahlen, die dem Wirtschaftsministerium vorliegen, sind schlimmer.“

Bundesminister Matthöfers Vorhersage, SPD und FDP würden auf ihren Parteitag einen mehrjährigen Stopp im Kernkraftwerkbau beschließen, hat mehr Begeisterung bei der Opposition als bei seinen Parteifreunden hervorgerufen. Ein Christdemokrat flachste: „Alle, die bei uns lesen und schreiben konnten, haben sich darauf gestürzt.“

Als Matthöfer überdies von „einer an den technischen und strukturellen Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichteten Investitionslenkung“ sprach, war das Glück für die Union vollkommen. Jetzt wurde auch noch der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg aufgeboten, der dem Minister bescheinigte, er erschüttere das Vertrauen der Bevölkerung in die amtliche Wirtschaftspolitik. Der CSU-Abgeordnete Zimmermann übertraf Stoltenberg sogar noch: Er unterstellte Matthöfer, daß er „die soziale Marktwirtschaft abschaffen und damit zur Disposition sozialistischer Experimente stellen“ wolle. Matthöfer bestätigte die alte Politikerregel: Wer den ersten Schaden hat, braucht für den zweiten nicht mehr zu sorgen.

Die FDP kann sich über mangelndes Interesse an ihrem programmatischen Entwurf nicht beklagen. Im Thomas-Dehler-Haus, der Parteizentrale, werden massenhaft Programm-Bestellungen aus der Partei registriert. Die bisherigen Kommentare von Politikern lassen eine ebenso harte wie grundsätzliche Debatte erwarten. Ein durch die Perspektivkommission aus dem Sommerfrieden hochgeschreckter Liberaler sprach gar von „Mobilmachung“.

Belgrad: KSZE-Kompromiß

Ein Kompromißvorschlag Madriids und das Einlenken Moskaus haben das siebenwöchige Ringen um die Tagesordnung des KSZE-Folgetreffens beendet. Die Belgrader Hauptkonferenz kann am 4. Oktober beginnen.

In der siebenten Woche war die Belgrader Vorkonferenz wegen eines Streits um den Abschlusstermin des Haupttreffens ins Stocken geraten. Die Sowjetunion und ihre Ostblock-Getreuen wollten die zweite „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ nicht „endlos“ in die Länge ziehen und ihren Schluß schon jetzt auf den 31. Dezember festlegen. Der Westen, die Neutralen und Rumänien sperrten sich gegen eine solche Zwangsjacke und forderten, daß die Hauptkonferenz nicht zu Ende ginge, „ehe sie ihr Mandat erfüllt und ein Abschlußdokument verabschiedet hat.“

Hinter dem Gerangel um die Prozedur verbargen sich — wie immer in der Diplomatie — handfeste nationale Interessen. Die Sowjets wollten eine möglichst kurze Konferenz, um einerseits ausgiebig über Handel, Kredite und den offiziellen Kulturaustausch zu reden und andererseits einer peinlichen Menschenrechtsdiskussion aus dem Weg zu gehen. Der Westen und die Blockfreien wollten verhindern, daß ein festes Abschlußdatum zur Diskussions-Guillotine wird. Besonders die Amerikaner wollten den Sowjets verwehren, sich mit langatmigen Dauerreden an einer eingehenden Prüfung der Menschenrechtsfrage vorbeizumogeln.

Das sowjetische Einlenken hatte mehrere Gründe. Zahlenmäßig waren sie in

Vermutlich wird keiner der beiden Entwürfe, weder das Ergebnis der Friderichs-Kommission noch das Resultat der Baum-Gruppe, in der jetzt vorliegenden Fassung dem Parteitag präsentiert werden. Beide zeigen die Spuren hastiger Arbeit.

Da heißt es zum Beispiel auf Seite 3 des Papiers aus der Friderichs-Kommission, „wichtigstes Ziel liberaler Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ist die Wiedergewinnung und Sicherung der Vollbeschäftigung.“ Auf Seite 27 aber steht als Minderheitenvotum ausgewiesen der Satz: „Für Liberale ist die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung der Vollbeschäftigung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage oberstes Ziel ihrer Wirtschaftspolitik.“ Warum ein inhaltlich gleicher Satz einmal akzeptiert und einmal abgelehnt wird, bleibt ein Rätsel.

Weit nachlässiger noch hat die Perspektivkommission gearbeitet. Kürze und Präzision sind gewiß nicht die Stärke ihres Entwurfs. Manche seiner Thesen sind ungewöhnlich umständlich formuliert; die Erläuterungen sagen noch einmal, wenn auch auf andere Weise kompliziert, was in den Thesen schon ausgedrückt wurde. Und wenn man Thesen und Erläuterungen vom Bombast entblättert, bleibt zuweilen nichts anders übrig als eine Binsenwahrheit.

Die Kommission wird noch einige Arbeit leisten müssen, um den Eindruck zu tilgen, hier kämen dem Leser gute Wille und schlechtes Deutsch händchenhaltend entgegen.

Auf höchst merkwürdige Weise sind bei dem neuen Geschäftsführer des „Bundes Umwelt- und Naturschutz Deutschland“, Dr. Egon Keller, berufliches und staatsbürgerliches Interesse gekoppelt.

Im Dienste der Umweltschützer steht er für 30 Stunden die Woche; mindestens zwei Tage soll er in Bonn tätig sein. Er wird dafür mit 5000 Mark im Monat entlohnt. Der Bund dementiert die Gehaltszahlung nicht, versichert aber, der Geschäftsführer habe oft viel länger als 30 Stunden gearbeitet. In seinem eigentlichen Beruf ist Keller Mitarbeiter eines Beratungsbüros für Industriegebiete mit Umweltschutzeinrichtungen...

Annoncen sagen oft mehr über den Zustand einer Gesellschaft aus als hoch gestochene Erklärungen von Politikern. So war kürzlich in einer rheinischen Zeitung zu lesen, der Polizeipräsident suche „Angestellte als Durchsuchungskräfte für den Flughafen Düsseldorf-Lohausen. Geboten werden: angenehmer, krisenfester Arbeitsplatz...“

Belgrad: KSZE-Kompromiß

Belgrad ins Hintertreffen geraten. Sie hatten noch nicht einmal den Warschauer Pakt ganz auf ihrer Seite, weil die Rumänen ihre eigene Politik verfolgten. Zweitens hätte es ihnen schlecht zu Gesicht gestanden, die eingehende Überprüfung einer Schlußakte zu vereiteln, die sie ja selbst vor zwei Jahren in Helsinki unterschrieben hatten; sie selbst hatten auch zwanzig Jahre lang unverbessert die KSZE-Idee verfochten. Schließlich konnte Breschnew es sich nicht leisten, die Belgrader Konferenz schon in ihrem Vorbereitungsstadium platzen zu lassen. Zu lange hat er sein politisches Schicksal mit der Entspannung verknüpft, um jetzt den Eklat provozieren zu können.

Aber auch der Westen hatte Flexibilität gezeigt, indem er sich dem spanischen Kompromißvorschlag anschloß. In der Prozedurvereinbarung heißt es nämlich, daß eine „Einigung über das abschließende Dokument bis spätestens 22. Dezember zu erreichen“ sei. Andererseits ist dieser Abschlusstermin nicht unabänderlich: Bleibt die Einigung aus, wird die Arbeit von Mitte Januar bis Mitte Februar wieder aufgenommen. „In jedem Falle“ soll das Völkertreffen erst „mit der Annahme seines abschließenden Dokumentes... enden.“ Diese Doppelformulierung war zweideutig genug, um den Sowjets das Einlenken zu erleichtern. Außerdem blieb das umstrittene „Konsens-Prinzip“ gewahrt. Damit behalten die Sowjets eine Art Notbremse in der Hand: Im Extremfall können sie unliebsame Beschlüsse kraft des Vetos vereiteln, das jedem der 35 Teilnehmer nach wie vor zusteht.



Silberjubiläum in Nordirland: Auf der Hauptstraße von Hillsborough warten Flaggen und Soldaten des Black Watch-Regiments auf den Besuch der englischen Königin Elizabeth II. (siehe auch den Bericht auf Seite 2).

Der Fall Käsemann: Bonns Version

Nach wochenlangem Zögern und erst nach Berichten in der Presse (ZEIT Nr. 32, vom 29. 7. 1977) hat sich das Auswärtige Amt entschlossen, seine Version der diplomatischen Aufklärungsbemühungen im Fall der Argentinien ermordeten Elisabeth Käsemann zu veröffentlichen.

Nachdem die Staatsministerin Hamml-Brücher mit ihrem Amtschef Hans-Dietrich Genscher über die öffentliche Reaktion zu diesem Fall beraten hatte, gab die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes eine Schilderung seiner Aktivitäten bekannt und wehrte sich gleichzeitig gegen ungerechtfertigte „Angriffe“. Dies sind die Kernpunkte der offiziellen Gendarstellung:

- Seit dem 22. März 1977, dem Tag, an dem Elisabeth Käsemann „verschwunden“ war, haben sich Amt und Botschaft in über 30 verschiedenen Interventionen auf vielen Ebenen um Aufklärung bemüht.
● Diese Versuche wurden dadurch erschwert, daß es für Informationen über die Verhaftung und Ermordung der Sozialhelferin keine stichhaltigen Beweise gegeben habe. Manche Hinweise wurden, aus Gründen der Vertraulichkeit, nicht nach Bonn oder an die Botschaft weiter-

gegeben. „Beweiskräftige Unterlagen“ gäbe es bis heute überhaupt nicht.

● Unrichtig ist die Behauptung, die Botschaft habe zuerst berichtet, sie kenne Elisabeth Käsemann nicht. Diese Verleugung kam allein von den argentinischen Behörden.

● Im übrigen ist es die Botschaft gelungen — vor dem Hintergrund der in Argentinien herrschenden innenpolitischen Verhältnisse — die meisten der verschwundenen (26 von insgesamt 35) Deutschen wiederzufinden: 18 wurden sogar aus der Gefangenschaft befreit. „Dies wird bei der gegenwärtigen Kritik leider häufig unerwähnt gelassen.“

An diesen Teilen der amtlichen Richtigstellung ist nur wenig auszusetzen — höchstens, daß die Botschaft erst am 6. Juni aktiv wurde, als sie offiziell vom Tod der dreißigjährigen Theologentochter unterrichtet wurde. Bereits am 1. und am 2. Juni aber stand die Todesmeldung bereits in argentinischen Zeitungen, freilich mit dem verstümmelten Namen „Käsermann“. Konnten unsere Vertreter daraus nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt schließen, was mit der ihnen seit Wochen Geuchten geschehen war und sich intensiv um Aufklärung bemühen?

Malville: Kurzer Prozeß

Acht Demonstranten, unter ihnen fünf Deutsche, sind wegen ihrer Teilnahme am Anti-Atom-Marsch von Malville zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Die Staatsanwaltschaft hatte zwölf Protestmarsch-Teilnehmer der offenen Gewaltanwendung und des unerlaubten Tragens von Waffen beschuldigt. Die Waffen entpuppten sich als Käseschneider, Taschenmesser und Metallschrauben. Die Gesetzeswidrigkeiten wurden ausschließlich von Polizisten bezeugt. Nach einer turbulenten Verhandlung wurden acht Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt.

Das Verfahren basierte auf der Behauptung, die Delinquenten seien in flagranti ertappt worden. In Wirklichkeit war die Demonstration von Malville jedoch zum Zeitpunkt der Festnahme längst zu Ende. Einige Verhaftungen wurden sogar 20 Kilometer vom Ort des Geschehens vorgenommen. Letztlich schien dem Gericht die Teilnahme ausreichend für eine Verurteilung. Drei Deutsche und ein Schweizer wurden nach

dem Urteilsspruch aus Frankreich ausgewiesen.

Vor dem Gericht in dem Dorf Bourgoin-Jallieu hatten sich zeitweise über tausend Sympathisanten der Angeklagten versammelt. Doch es kam zu keinerlei Gewalttätigkeiten. Die Beobachter waren sich einig, daß von einem ordnungsgemäßen Verfahren kaum die Rede sein konnte. Die großen Parteien und politischen Organisationen enthielten sich jedoch jeden Kommentars zu den Urteilen. Nur militante Linksformationen übten einhellig Kritik.

Der sozialistische Abgeordnete Louis Mermaz, als Entlastungszeuge benannt, erklärte: „Nachdem ich die Verhandlung von Anfang bis Ende miterlebt habe, möchte ich sagen, daß ich nicht davon überzeugt bin, daß diejenigen, die zu ziemlich empfindlichen Strafen verurteilt worden sind, auch wirklich Schuld tragen.“ Einige Gruppen planen bereits den nächsten Marsch auf Malville. Sie sind sich jedoch weitgehend einig, daß Gewalttätigkeiten unter allen Umständen vermieden werden sollen.

Die EG und der Hering

Heringe werden immer knapper und die politischen Konflikte häufen sich: Spanien, die Sowjetunion und die Mitglieder der EG streiten sich um die dezimierten Fischbestände im Atlantik und in der Barentssee.

Für die Fischer im Norden Spaniens steht der Feind dort, wo die Madrider Regierung mit einem Aufnahmeantrag soeben erst um Zusammenarbeit und Partnerschaft nachsuchte — bei der EG in Brüssel. Der wohlhabende Neumer-Klub, so sehen es die aufgebracht spanier, ist schuld daran, daß Hunderte von Arbeitsplätzen verloren gehen und der reichhaltige Speisezettel der Spanier immer ärmer wird. Ein EG-Beschluß droht nämlich, die spanischen Fischer aus ihren angestammten Fanggründen in der Biskaya und dem Gran Sol, dem Seegebiet südlich von Irland, zu vertreiben.

Auf ihrer letzten Tagung vor der Sommerpause hatten die Außenminister der EG zwar noch eine Verlängerung der Fangquoten für Spanien bis Ende September beschlossen. Doch Spanien hat in Ermangelung eigener Fischgründe kaum Fangmöglichkeiten als Gegenleistungen für Fischereirechte in der von der EG seit dem 1. Januar etablierten 200-Seemeilen-Zone anzubieten. Die willkürlich zugeteilten Fangquoten lassen Schlimmeres ahnen — die allmähliche Verringerung der an spanische Kutter zu vergebenden Lizenzen.

Zum jüngsten Schlag im Verteilungskampf um die dezimierten Fischbestände im Nordostatlantik holte in der vergangenen Woche die Sowjetunion aus. In einer Note an das belgische Außenministerium, das zur Zeit die Geschäfte des EG-Vorsitzes wahrnimmt, kündigte Mos-

kau der Gemeinschaft eine drastische Verringerung der bis Ende September eingeräumten Fangrechte in der Barentssee an. In Brüssel beurteilt man jetzt die Aussichten auf einen baldigen Abschluß der seit Februar geführten Fischerei-Verhandlungen mit der Sowjetunion immer skeptischer.

Ob spanische Kutter den Thunfischfang vor Irland einschränken müssen oder nur noch wenige deutsche oder britische Trawler unter wachsender Beobachtung sowjetischer Patrouillenboote die Netze nach dem arktischen Kabeljau auswerfen dürfen — die Zeiten, da mit dem Reichtum des Meeres Raubbau betrieben werden konnte, sind endgültig vorbei. Doch die von den Anrainerstaaten ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Fischbestände kam keinen Augenblick zu spät.

1965 wurden in der Nordsee 1,5 Millionen Tonnen Heringe gefangen, 1973 noch 313 000 Tonnen, im vergangenen Jahr nur noch 169 000 Tonnen. Nach Angaben des Internationalen Rates für Meeresforschung in Kopenhagen, auf die sich die EG-Kommission bei ihrer Forderung nach einem generellen Fangverbot stützt, sind von den auf 300 000 Tonnen geschätzten Heringsbeständen in der Nordsee nur noch 150 000 für die Fortpflanzung geeignet.

Ende September läuft das von den Agrarministern der EG im Juli verhängte Heringsfangverbot in der Nordsee aus. Bis dahin wollen sie allerdings entscheiden, ob das Verbot auf zwei Jahre ausgedehnt werden soll, oder ob die Erneuerung der Heringschwärme auch unter Beibehaltung kleiner Fangquoten erreicht werden kann. Kenner wie der dänische EG-Kommissar Gundelach befürchten, daß Minimalquoten, wie sie von Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik gefordert werden, allzuleicht heimlich überschritten werden könnten. Sein Fazit: Ein totales Verbot ließe sich besser überwachen.

Heringe werden derzeit immer knapper und teurer. Der deutschen Industrie, die im vergangenen Jahr 250 000 Tonnen zu Salzheringen, eingelegten Matjes oder Heringssalat verarbeitet hat, werden in diesem Jahr 50 000 Tonnen fehlen. Seit Jahresanfang sind die Preise für Heringe um 30 Prozent gestiegen. Auch die von der EG beschlossene Aussetzung des Einfuhrzolls auf Heringe aus Drittländern verspricht keine fühlbare Besserung. In Kanada, von wo man auf Grund der Zollaussetzung vermehrte Lieferungen erwartete, zogen die Preise ebenfalls an. Aus dem einstigen Armeute-Nahrungsmittel Hering wird ein Luxus-Happen.

Hans-Hagen Bremer (Brüssel)

Namen und Nachrichten

Spurlos verschwunden

Einige hundert Atombomben könnten man aus den 2,3 Tonnen Uran und 1,5 Tonnen Plutonium bauen, die in den vergangenen 30 Jahren aus den kerntechnischen Anlagen der USA verschwunden sind. Die amerikanische Bundesbehörde für Energieforschung und -entwicklung (ERDA) in Washington gab jetzt diesen Verlust bekannt. Zur Sorge gibt es jedoch — nach Ansicht der Nuclearbehörde — keinen Anlaß. Es bestehe kein Verdacht, daß das Uran und das Plutonium gestohlen oder in die Hände von Terroristen gelangt seien. Die unerklärlichen Fehlmengen müßten vielmehr als Folge von Buchungsfehlern gesehen werden und nicht als tatsächlicher Verlust von Bombenmaterial.

Kurz gestreift

Erteilt: dem ehemaligen Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, das Agrément als neuer deutscher Botschafter in Israel. Geeignit: die USA und Panama über den Abschluß eines neuen Vertrages über die Kanalzone; die Kontrolle soll künftig gemeinsam ausgeübt werden, Washington zahlt dafür rund drei Milliarden Dollar. Bestätigt: von Vietnam bewaffnete Grenzkonflikte mit seinem kommunistischen Nachbarn Kambodscha. Angedroht: von Sadat neue „Lektionen“ für den „üblen Burschen“ Ghaddafi. Gefordert: in einem Brief des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) an Jimmy Carter ein Verbot von Uranlieferungen für die Bundesrepublik und Westeuropa.

Ein Mensch, der edle Dinge liebt, ist gerne dort, wo Bit es gibt.

(Frei nach Eugen Roth)

Bitte ein Bit!

Bitburger Pils ein Besonderes unter den Besten.

